

Datenschutzhinweise

I. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch
FPS Rechtsanwaltsgesellschaft mbH & Co. KG.

Verantwortlicher gemäß Art. 4 Absatz 7 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist
FPS Rechtsanwaltsgesellschaft mbH & Co. KG und die tätigen Anwaltsnotare
(im Folgenden: FPS)
Eschersheimer Landstraße 25-27
60322 Frankfurt am Main
Deutschland
E-Mail: frankfurt@fps-law.de

Die/der betriebliche Datenschutzbeauftragte und ihr/sein Stellvertreter/in sind unter der o.g.
Anschrift beziehungsweise unter dsb@fps-law.de erreichbar.

II. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie FPS mandatieren oder unsere Notare beauftragen, erheben wir folgende Informationen:

- Name
- E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer
- Informationen, die für die Geltendmachung, Verteidigung und Ausübung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats oder notariellen Beauftragung erforderlich sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie identifizieren zu können,
- zur Identifizierung und Vermeidung von Interessenkollisionen mit anderen Mandaten,
- um Sie beraten und vertreten zu können und Vertragspflichten zu erfüllen,
- zur Korrespondenz mit Ihnen,
- zur Rechnungsstellung und
- zur Abwicklung etwaiger Haftungsansprüche und Ansprüche gegen Sie.

Zudem verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (Handel-, Genossenschafts-, Vereins-, Marken-, Patentregister) legitim gewonnen haben und verarbeiten dürfen.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, c, e und f DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats/des notariellen Auftrags und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag bzw. aus der Beauftragung erforderlich.

Die für die Mandatierung/notarielle Beauftragung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde, bzw. weitere 4 Jahre nach § 199 Abs. 3 Nr. 1 BGB) und Notare (30 Jahre gem. § 199 Abs. 3a BGB, § 5 Abs. 4 DONot bzw. 100 Jahre gem. § 5 Abs. 4 DONot) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer anderen Speicherdauer verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Ausgenommen von der Löschung sind die im Rahmen der Kollisionskontrolle unbefristet benötigten sog. Kopfdaten des Mandats/der/des Beteiligten (voller Name der/des Mandanten/Beteiligten, Name des Gegners, Name des anwaltlichen Sachbearbeiters, Kurzbezeichnung des Mandatsgegenstandes).

Die Datenverarbeitung erfolgt auch aufgrund gesetzlicher Vorgaben, da wir als Kanzlei diversen rechtlichen Verpflichtungen, d. h. gesetzlichen Anforderungen (z. B. Geldwäschegesetz, Steuergesetze, u. a.) sowie aufsichtsrechtlichen Vorgaben (z. B. des Landgerichtspräsidenten, der berufsrechtlichen Kammern u. a.) unterliegen. Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderen Maßnahmen zur Identitäts- und Altersprüfung, Betrugs- und Geldwäschrprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken. Eine solche Verarbeitung ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO, wonach die Verarbeitung zur Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung erforderlich ist.

III. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandats- bzw. Auftragsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz bzw. des Vollzugs notarieller Handlungen sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Im Rahmen eines möglichen Haftungsfalles wegen fehlerhafter Beratung durch einen unserer Anwälte/Notare teilen wir unserer Berufshaftpflichtversicherung die für die Bearbeitung des Falles notwendigen Informationen mit. Das Anwalts- und Notargeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwalts- und Notargeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen. Ferner lässt FPS einzelne der vorgenannten Prozesse und Serviceleistungen durch sorgfältig ausgewählte und datenschutzkonform beauftragte Dienstleister ausführen, die ihren Sitz innerhalb der EU haben. Dies sind u.a. Unternehmen in den Kategorien kreditwirtschaftliche Leistungen, IT-Dienstleistungen, Zahlungsverkehr, Logistik und Druckdienstleistungen.

IV. Übermittlung der Daten in ein Drittland

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes – EWR) findet nur statt, soweit dies zur Erfüllung des Mandatsvertrags bzw. der notariellen Beauftragung erforderlich und/oder gesetzlich vorgeschrieben ist oder Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben. Für die Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb der EU/EWR) gelten die Bestimmungen der DSGVO, des BDSG-neu sowie weiterer kontextbezogener Rechtsgrundlagen für den grenzüberschreitenden Datenverkehr.

V. Elektronische Kommunikation

Elektronische Kommunikation, die nicht durch eine geeignete Verschlüsselung und Signatur geschützt wird, beinhaltet die Gefahr, dass Daten von Dritten abgefangen und gelesen werden. Dies stellt ein Risiko für die Vertraulichkeit von personenbezogenen Daten, Unternehmensdaten und den Datenschutz dar. Von der Kommunikation per unverschlüsselter und unsignierter E-Mail weichen wir ab, wenn wir eine Verschlüsselung für erforderlich halten. Das Sicherheitsniveau der Verschlüsselung (z.B. End to End-Verschlüsselung, Verschlüsselung der Dokumentenanhänge) wird mit Ihnen abgestimmt.

VI. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;

- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

VII. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an dsb@fps-law.de.

VIII. Verpflichtung zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten und mögliche Folgen einer Nichtbereitstellung

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung mit Dienstleistern müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung einer Geschäftsbeziehung und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, den Vertrag nicht Ihnen zuschließen oder auszuführen.

Stand: 01.07.2024 | Version: 007 | www.fps-law.de